



22. Juni 2013

SPE-Grundsatzprogramm

Worauf wir stolz sein können

Die Geschichte zeigt uns, dass Sozialisten und Sozialdemokraten sich schon immer engagiert für hochwertige Beschäftigung, Sozialleistungen, Wohlbefinden und ein besseres Leben für alle in einer gerechten Gesellschaft eingesetzt haben. Wir haben den Weg für den Wohlfahrtsstaat, den allgemeinen Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge sowie für gleiche Rechte für alle Menschen geebnet. Wir glauben seit jeher daran, die Menschen lokal, regional, national, europaweit und international zu vereinen. Deshalb haben wir schon immer Seite an Seite mit der Arbeiter-, Frauen-, Jugend- und Bürgerrechtsbewegung gearbeitet und werden dies auch weiterhin tun. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir in unserem Kampf für eine gerechte Gesellschaft und ein erfülltes Leben für alle Menschen Verbündete brauchen.

Unser politisches Handeln hat Kriege, Diktaturen und totalitäre Systeme überwunden. Wir glauben nicht nur an die Vereinigung von Menschen, sondern auch von Ländern im Projekt Europa. Aus unserer Sicht muss die Europäische Union ein echtes Versprechen des Friedens, Fortschritts und Wohlstands für alle Menschen sein. Unser Europa ist ein Projekt der Hoffnung für alle Europäerinnen und Europäer.

Unsere Werte

Die Sozialdemokratische Partei Europas ist eine moderne und fortschrittliche europäische Partei. In unserer Grundsatzerklärung haben wir fünf Werte festgelegt, die uns in unserem politischen Handeln als moralischer Kompass dienen. Wir glauben an Freiheit und Demokratie, Gleichheit und Gerechtigkeit sowie Solidarität. Dieses Grundsatzprogramm beschreibt unsere Vision fortschrittlicher Gesellschaften und unsere gemeinsame Verantwortung für Europas Zukunft. Um im 21. Jahrhundert langfristig Frieden, Fortschritt und Wohlstand für alle Menschen sichern zu können, müssen wir die Europäische Union als Rahmen unseres politischen Handelns umgestalten und eine Sozialunion aufbauen.

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Wir müssen unsere Werte weiter stärken, anstatt uns auf unseren Lorbeeren auszuruhen. In der heutigen Welt sind sie in Gefahr. Ein ungezügelter Kapitalismus hat uns in eine Krise gestürzt, die Frieden, Wohlstand und Fortschritt für alle Menschen bedrohen. Der Finanzkapitalismus hat zu einem enormen Anstieg der Ungleichheit bei Macht, Vermögensverteilung, dem Zugang zu Rechten, Informationen und Wissen sowie Chancengleichheit geführt. Er dient den Interessen einer privilegierten Minderheit, verursacht wirtschaftliche Unsicherheit, Arbeitslosigkeit sowie ein schwindendes Vertrauen in die Demokratie und das Projekt Europa. Die Krise untergräbt das Vertrauen in die europäischen Institutionen. Extremismus und Fremdenfeindlichkeit befinden sich im Aufschwung und unterminieren immer stärker den sozialen Zusammenhalt. Arbeitslosigkeit

droht, unsere Jugend zu einer Zukunft ohne Hoffnung zu verdammen. Durch neue Herausforderungen, wie dem Anstieg der Weltbevölkerung und der alternden europäischen Gesellschaft, dem Klimawandel und der zu starken Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, geraten unsere Werte weiter unter Druck.

Die Welt verändert sich rasend schnell. Technische Entwicklungen und Innovationen haben zu einem nie da gewesenen Maß an wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Verflechtung und gegenseitiger Abhängigkeit geführt. Sie fördern jedoch auch neue Ungleichheiten. Immer mehr Menschen stellen fest, dass die Werte Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie nicht länger in der Realität ihres Alltags verankert sind. Zu viele Menschen sind besorgt, dass sie ihre Träume nicht verwirklichen und ihre Zukunft nicht selbst in die Hand nehmen können.

Wir, Sozialisten, Sozialdemokraten, progressive Demokraten und Mitglieder von Arbeiterparteien, lehnen die Politik des Pessimismus ab, die behauptet, dass man nichts dagegen tun könne. Wir lehnen die Sprache des Hasses ab, die Menschen und ganze Gemeinschaften zum Sündenbock für die Missstände in der Gesellschaft erklärt. Stattdessen möchten wir eine Antwort auf die Herausforderungen, denen die Menschen gegenüberstehen, bieten und die Hoffnung in die Zukunft wiederherstellen. Europa ist unsere soziale und demokratische Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.

Unser Fortschrittsversprechen für Europa

Wir versprechen, auf ein fortschrittliches Europa, das auf unseren Werten aufbaut, hinzuarbeiten. Wir möchten die Menschen in die Lage versetzen, ein erfülltes Leben in einer integrativen und gerechten Gesellschaft zu führen. Im Zentrum unseres Fortschrittsversprechens und politischen Handelns steht weiterhin unser Einsatz für Vollbeschäftigung. Gemeinsam arbeiten wir daran, unter allen Bewohnern der Europäischen Union ein Gefühl der Zugehörigkeit zu schaffen. Wir möchten die Europäische Union wieder zu einem Projekt der Hoffnung, des Fortschritts und Wohlstands für alle Menschen machen. Wir konzentrieren uns dabei auf drei Handlungsfelder: ein neues demokratisches Wirtschaftsmodell, eine neue Definition von sozialer Gerechtigkeit für alle und ein neues Fortschrittsmodell für die Europäische Union.

Wir brauchen eine **neues politisches Wirtschaftsmodell**, sodass die **demokratische Kontrolle** über die **soziale Marktwirtschaft** in den Händen aller Interessengruppen, Bürgerinnen und Bürger sowie der Gesellschaft gleichermaßen, liegt. Die zunehmende Bedeutung des Finanzkapitalismus und das blinde Vertrauen, das in ihn gesetzt wird, hat zu einer übermäßigen Konzentration von Vermögen in den Händen einiger weniger und einem Machtungleichgewicht geführt, das die politischen und demokratischen Prozesse bedroht. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen in der Lage sein, demokratische Kontrolle auszuüben. Dies bedeutet auch, dass alle wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindungsprozesse in Europa gegenüber den Menschen demokratisch rechenschaftspflichtig sein und zu schnellem und verantwortungsbewusstem Handeln führen müssen. Die Europäische Union wird als technokratisch wahrgenommen und ist heute weit von der Lebensrealität der Menschen entfernt. Es ist eine Frage des politischen Verantwortungsbewusstseins, einen europäischen öffentlichen Raum und eine demokratische Rechenschaftspflicht zu schaffen. Wir müssen uns ständig fragen, welche Regierungsebene am besten geeignet ist, eine politische Frage möglichst effektiv und bürgernah zu lösen.

Wir möchten **soziale Gerechtigkeit für alle Menschen erzielen**. Wir möchten den Trend des Auseinanderbrechens von Gesellschaften, der Verarmung und zunehmender Ungleichheiten umkehren. Die Ungleichheiten unterminieren das Versprechen eines besseren Lebens und die Möglichkeit der Menschen, ein Teil der Gesellschaft zu sein.

Unser Engagement für **wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Beteiligung** führt zu einer neuen Definition der sozialen Gerechtigkeit. Alle Menschen haben das unwiderrufliche Recht, ein erfülltes Leben in einer gerechten Gesellschaft zu führen. In einer solchen Gesellschaft verfügen Frauen und Männer über das gleiche Maß an Macht, Verantwortung und Rechten. Dies bedeutet auch, dass jeder seinen Mitmenschen und der Gesellschaft gegenüber dafür verantwortlich ist, in persönlicher Hinsicht ein gutes Leben zu führen. **Gleiche Bildungschancen und eine erfüllende Arbeit**, eingebettet in einen starken Wohlfahrtsstaat, stehen im Zentrum des neuen „**Social Deals**“ für Europa.

Wir möchten die **Europäische Union** zu einer **Union der Solidarität umgestalten**. Dies bedeutet, dass durch die Zusammenarbeit in der Europäischen Union eine europäische Gesellschaft und eine europäische Demokratie entstehen, in der Menschen, Gemeinschaften und Länder sich bei jeder Handlung ihrer Verantwortung füreinander und den Rest der Welt bewusst sind. Solidarität muss unser Zusammenleben und unsere Zusammenarbeit beeinflussen. Wir zeigen uns solidarisch mit Ländern, in denen die Wirtschaft finanzielle Schwierigkeiten hat und die Menschen mit Arbeitslosigkeit und Armut zu kämpfen haben. Durch die Stärkung des inneren wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts fördern wir die **Fähigkeit der Europäischen Union, sich auf internationaler Ebene für Frieden, Wohlstand und Fortschritt einzusetzen**. Wir leben in einer Welt, die wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell eng verflochten ist. Wir können uns nicht in Abgeschiedenheit von anderen Regionen der Welt entwickeln und unsere Entwicklung darf andere Regionen der Welt nicht schädigen. Eine fortschrittliche, demokratische Europäische Union, in der Solidarität zwischen Europäerinnen und Europäern und europäischen Ländern herrscht, stellt sicher, dass jeder in diesem globalen, multipolaren Zeitalter sicher leben kann.

I. Ein neues Wirtschaftsmodell

Unsere Mission ist es, das wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Projekt Europa aufzubauen und neu zu gestalten. Dazu müssen wir die Integration weiter vertiefen, um eine stärkere wirtschaftliche und politische Union aufzubauen. Dies ist auf unsere Überzeugung zurückzuführen, dass der Europäischen Union bei der Wiederbelebung der wirtschaftlichen Stabilität, des Wohlstands und sozialen Fortschritts eine wesentliche Rolle zukommt. In einer neuen politischen Wirtschaft, die auf der Verbindung unserer Grundwerte Freiheit und Demokratie basiert, müssen wirtschaftliche Entscheidungsfindungsprozesse wieder demokratisch kontrolliert werden. Dies wird den Weg zu einer Wirtschaft ebnen, in der die demokratische Kontrolle über die soziale Marktwirtschaft in den Händen aller Interessengruppen, Bürgerinnen und Bürger sowie der Gesellschaft gleichermaßen, liegt. Die Wirtschaft muss im Dienste der Menschen und der Gesellschaft stehen. Dies sollte eine der Hauptaufgaben der europäischen und nationalen Institutionen sein. Das Hauptziel der Wirtschaft ist die Schaffung von Vollbeschäftigung, basierend auf hochwertigen Arbeitsplätzen, und Wohlstand. Hochwertige Arbeitsplätze müssen den Beschäftigten der heutigen und zukünftigen Generationen wirtschaftliche Sicherheit und Wohlbefinden garantieren können. Eine hochwertige Vollbeschäftigung ist die Basis für gerechtes und nachhaltiges Wachstum, das die Menschen und die Umwelt respektiert und den sozialen Zusammenhalt wieder stärkt. Wir möchten erreichen, dass die Menschen und die Gesellschaft wieder den Vorrang vor der Politik haben, die Politik Vorrang vor der Wirtschaft und die Realwirtschaft Vorrang vor dem Finanzkapitalismus hat. Dies bedeutet, dass es demokratisch legitimierte politische Institutionen geben muss, die ein Gegengewicht zu den Marktkräften bilden. Die demokratische Kontrolle und Mitbestimmung auf supranationaler Ebene müssen verbessert werden.

Für einen europäischen öffentlichen Raum und echte Demokratie

Unser Ideal ist eine echte europäische Demokratie. Diese verkörpert unsere Auffassung von Rechten und gegenseitiger Verantwortung, die in unserer Überzeugung gründet, dass wir gemeinsam mehr erreichen können. Wir formen die Beziehung zwischen den Menschen, die in einer Gesellschaft leben, durch die deliberative Demokratie, wobei die Politik weiterhin im Dienste der Menschen steht und in ihrem Namen die sozioökonomischen Prozesse steuert. Dieser Prozess muss in einem soliden europäischen öffentlichen Raum, der als Ort für einen anhaltenden Dialog dient, gestaltet werden. Wir müssen die europäische Demokratie verbessern. Die wichtigsten europäischen Institutionen müssen demokratisiert werden. Die Rolle des Europäischen Parlaments, des einzigen direkt gewählten Organs, muss gestärkt werden. Die Europäische Kommission muss das Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament widerspiegeln. Unsere Bewegung hat die Pflicht, unsere Parteien zu demokratisieren und sicherzustellen, dass in den Parteien alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen vertreten sind.

Der europäische öffentliche Raum muss ein fester Bestandteil der Europäischen Union werden. Die Arbeit der europäischen politischen Parteien ist ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus muss während Europawahlen sowie durch andere Formen der Bürgerbeteiligung sichergestellt werden, dass der europäische öffentliche Raum stets funktioniert. Ein Beispiel dafür ist die Europäische Bürgerinitiative. Ebenfalls unerlässlich ist die Stärkung des sozialen Dialogs und der Rolle der Gewerkschaften. Ihre wertvolle Arbeit zugunsten aller arbeitenden Männer und Frauen muss durch den Beitrag zivilgesellschaftlicher Organisationen, die unter anderem auch die Mitbestimmung derjenigen, die nicht von Gewerkschaften vertreten werden, fördern, ergänzt werden. Die Europäische Union muss ihre beschädigte Glaubwürdigkeit wiederaufbauen, um die Stabilität wiederherzustellen und wieder zu einem Motor für Fortschritt und Wohlstand für alle zu werden. Diese Glaubwürdigkeit wurde durch die elitären Entscheidungsfindungsprozesse beschädigt und durch die fahrlässige Gleichgültigkeit gegenüber der schwindenden öffentlichen Unterstützung sowie die Förderung der Vorrangstellung des Binnenmarkts vor sozialen Fragen weiter untergraben. Zukünftige Reformen des Vertrags der Europäischen Union, welche die europäische Demokratie stärken sollen, sollten von einem Konvent ausgearbeitet werden, in der Parlamente und Regierungen als gleichberechtigte Partner zusammenarbeiten und an der sich die Zivilgesellschaft beteiligen kann. Um die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union zu fördern, müssen wir die demokratischen Rechte der Europäerinnen und Europäer stärken. Deshalb sollte das Wahlrecht auf regionaler Ebene auf alle Unionsbürger, ungeachtet des Mitgliedstaats, in dem sie leben, ausgeweitet werden.

Wir leben in einer Gesellschaft, nicht in einer Wirtschaft

Die Wirtschaft muss der Gesellschaft dienen. Sie muss den demokratisch legitimierten politischen Prozessen, welche die Regeln festlegen, innerhalb derer die Wirtschaft und die Finanzmärkte arbeiten können, untergeordnet sein. Ein reformiertes Wirtschaftsmodell muss die Menschen in die Lage versetzen, demokratische Kontrolle auszuüben und den Rahmen für das politische Mandat aller europäischen Institutionen zu bilden. Die Ausübung dieses Mandats muss durch einen neuen wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Aufbau erfolgen. Basierend auf den Regeln, die den Grundsätzen der Rechenschaftspflicht und Transparenz folgen, muss es auf eine soziale Marktwirtschaft hinarbeiten.

Die wirtschaftspolitische Steuerung der Europäischen Union muss zu einem Werkzeug werden, mit dem wir die Wirtschaftspolitik im Geiste der Solidarität gemeinsam und entschieden formen können. Sie muss auf allen Regierungsebenen in einem Prozess der demokratischen Beratung verankert werden. Die wirtschaftspolitische Steuerung sollte nicht

nur haushalts- und marktrelevante Überlegungen mit einbeziehen, sondern auch soziale Auswirkungen und die Notwendigkeit eines gut funktionierenden Wohlfahrtsstaats. Unser Referenzrahmen ist die Europäische Union mit ihren 28 Mitgliedstaaten, auch wenn die wirtschaftlichen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, global sind. Die Kräfte der Wirtschaft verlangen nach einem starken gesellschaftlichen und politischen Gegengewicht. Europäische Institutionen müssen die Kluft zwischen den einzelnen nationalen Interessen schließen. Nur so kann eine echte demokratische Kontrolle über wirtschaftspolitische Entscheidungen Wirklichkeit werden und alle Interessengruppen einander rechenschaftspflichtig sein. Da das Europäische Parlament das direkt gewählte Organ der Europäischen Union ist, sollte es die Befugnis haben, Gesetze vorzuschlagen. Darüber hinaus sollte es an der Entscheidungsfindung zum Jahreswachstumsbericht beteiligt sein und eine wichtige Rolle im Europäischen Semester spielen. Uns ist bewusst, dass die Europäische Zentralbank bei der Überwindung der gegenwärtigen Krise eine entscheidende Rolle spielt, insbesondere da sie nun anfängt, Staatsanleihen zu kaufen. Preisstabilität kann nicht das einzige Ziel der Europäischen Zentralbank sein. In Zukunft sollte sich die Europäische Zentralbank ebenso auf Beschäftigung und Wirtschaftswachstum konzentrieren.

Für eine Teilhabergesellschaft

Unser Ziel ist eine europäische soziale Marktwirtschaft. Die Wirtschaft muss den Interessen der Bürgerinnen und Bürger dienen und ein Werkzeug zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller Europäerinnen und Europäer sein. Die Menschen dürfen nicht nur den Interessen einiger weniger Aktionäre unterworfen sein, sondern müssen zu echten Teilhabern unserer Wirtschaft werden. Dieser demokratische Grundsatz steht im Zentrum unserer neuen politischen Wirtschaft. Alle Männer und Frauen haben ein Interesse an der Realwirtschaft, egal ob sie Arbeitnehmer oder Unternehmer, Investoren, Verbraucher oder Nutzer öffentlicher Dienstleistungen sind. Weitere Interessengruppen sind der öffentliche Sektor, sozialwirtschaftliche Unternehmen sowie kleine und große Unternehmen. Unser Ziel muss sein, allen Interessengruppen gleichermaßen die Wahrnehmung ihres Mitspracherechts bei der Gestaltung der sozialen Marktwirtschaft zu ermöglichen. So bekämpfen wir das Machtgefälle, das durch unregulierte Märkte entsteht.

In der europäischen sozialen Marktwirtschaft müssen transparente Regeln herrschen. Wir dürfen eine solche Ansammlung von Einkommen, Vermögen und Macht in den Händen einiger weniger nicht erlauben. So ist es einigen gelungen, ein Vermögen anzuhäufen, dessen schiere Größe sogar demokratische Staaten an den Rand des Ruins bringen könnte. Wir brauchen bessere Bedingungen und eine bessere Zusammenarbeit auf allen Regierungsebenen sowie integrierte Kontrollmaßnahmen, um sowohl gegen die Auswüchse des Finanzkapitalismus vorgehen als auch um die Transparenz bei der Verteilung und Nutzung öffentlicher Mittel verbessern zu können. Darüber hinaus müssen wir die haushaltspolitische Disziplin mit einer europäischen Form der Risikostreuung verbinden. Außerdem können eine stärkere Einbindung und ein besserer Schutz der Verbraucher und Endnutzer bei Produktentwicklung und Angebot von Dienstleistungen zu höherer Qualität und intelligenteren Konsumgewohnheiten führen. Um die Macht unter den Interessengruppen besser zu verteilen, möchten wir Mitbestimmung und Arbeitnehmerbeteiligung fördern. Durch die Unterstützung von Kooperativen und Gesellschaften auf Gegenseitigkeit möchten wir demokratische Unternehmensmodelle fördern.

Den Finanzkapitalismus zähmen, die Realwirtschaft wieder aufbauen

Die Vorrangstellung der Realwirtschaft vor dem Finanzsektor muss wieder hergestellt werden. Die Finanzmärkte müssen gegenüber den Menschen, der Gesellschaft und ihren

gewählten Vertretern rechenschaftspflichtig sein. Gier, Spekulationen und ein Mangel an Transparenz im Finanzsektor schädigen das Leben der Menschen deutlich. Dies hat zu einem Machtungleichgewicht und wachsenden Ungleichheiten geführt. Durch Koordination, Regulierung und Kontrolle auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene muss ein angemessenes Gegengewicht zum globalen Finanzkapitalismus geschaffen werden. Wir befürworten eine Finanztransaktionssteuer als eines der Werkzeuge zur Zählung des Finanzkapitalismus. Wir Sozialdemokraten kämpfen gegen Steueroasen, Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung. Steueroasen müssen geschlossen werden.

Der Finanzsektor muss Liquidität gewährleisten sowie Sparguthaben schützen und gleichzeitig durch die Kreditvergabe an Teilnehmer aus der Realwirtschaft sicherstellen, dass Mittel für Investitionen zur Verfügung stehen. Die Europäische Union muss sich an einem Rahmen beteiligen, in dem die Bemühungen zum Aufbau transparenter Regeln auf den Finanzmärkten und im Bankensektor koordiniert werden. Indem das Investmentbanking vom Privatkundengeschäft getrennt wird, die Vorschriften zur Unternehmenssteuerung in vollem Umfang ausgenutzt und neue Bezahlungssysteme eingeführt werden, gehen wir das Problem des verantwortungslosen Verhaltens an. Die Verbraucherschutzgesetze müssen gestärkt werden, um die Ersparnisse der Menschen zu schützen. Auf europäischer und internationaler Ebene angesiedelte Kapitalanforderungen und Bankenrettungsfonds tragen dazu bei, sicherzustellen, dass das Finanzsystem und der Bankensektor widerstandsfähiger werden. Darüber hinaus müssen die Rechte, Pflichten und Meinungen von Staaten, die nicht zum Euroraum gehören, respektiert werden.

Für nachhaltiges Wachstum, das Wohlstand für alle bringt

Wohlstand entsteht durch eine wirtschaftliche Entwicklung, die nachhaltiges Wachstum und sozialen Fortschritt für alle miteinander vereint. Vollbeschäftigung, die auf der Sicherstellung hochwertiger Arbeitsplätze basiert, Wohlbefinden und Sozialleistungen, ein hoher Lebensstandard und sozialer Zusammenhalt, die Bewahrung der natürlichen Ressourcen und die Verbesserung der Umweltbedingungen – diese Kriterien sind Kennzeichen eines gerechten und nachhaltigen Wachstums. Wir erreichen dies durch Investitionen in Forschung, Innovation, Infrastruktur und das menschliche Potenzial. Um ein nachhaltiges und gerechtes Wachstum zu erreichen, sind neue Messmethoden der Wirtschaftsleistung erforderlich, bei denen das BIP durch eine Reihe qualitativer Kennzahlen ergänzt wird.

Die Europäische Union benötigt eine neue nachhaltige Strategie für Entwicklung und Wohlstand. Sie muss alle Regionen in die Lage versetzen, ihr Potenzial bestmöglich zu entwickeln, und gleichzeitig den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt in der gesamten Union fördern. Eine neue europäische Industriestrategie sollte die Regionen ermutigen, sich zu spezialisieren, und Wettbewerbsvorteile von Wachstumsbranchen fördern. Dies muss auf dem Wissen der lokalen und regionalen Behörden der Europäischen Union über die Struktur der Industrie in der eigenen Region basieren. Europa benötigt eine starke und gesunde Industrie, die den Europäerinnen und Europäern angemessene Arbeitsplätze bietet und zum nachhaltigen Wachstum beiträgt. Wir brauchen eine europäische Industriepolitik, welche die Industrie unterstützt und insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen die erforderliche Infrastruktur bereitstellt, aber gleichzeitig die sozialen und ökologischen Standards schützt. Anstatt um die niedrigsten Preise zu konkurrieren, müssen Europas Produkte und Dienstleistungen höchste Qualität bieten und am innovativsten sein. Die Mitgliedstaaten, die lokalen und regionalen Behörden sowie die Sozialpartner müssen vollständig in die Entwicklung einer europäischen Industriepolitik eingebunden werden. Europa muss mit dem Rest der Welt eng verbunden sein. Um Handelsabkommen mit anderen Staaten auszuhandeln, benötigt die EU eine umfassende Strategie mit hohen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards, die der

kulturellen Vielfalt jederzeit Respekt zollen. Um dem hohen Niveau bei Arbeitslosigkeit und Armut entgegenzutreten zu können, muss dringend eine beträchtliche Anzahl angemessener Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ungleichheiten bekämpfen

Im Zentrum unseres Fortschrittsversprechens und politischen Handelns steht weiterhin unser Einsatz für Vollbeschäftigung und hochwertige Arbeitsplätze. Wir benötigen ein Gleichgewicht zwischen dem Wert der Arbeit und dem Wert des Kapitals. Indem wir nachhaltiges Wachstum generieren und eine gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht sicherstellen, schaffen wir eine Gesellschaft, in der weniger Ungleichheit und mehr soziale Mobilität herrschen. Dazu benötigen wir starke Arbeitsmarktinstitutionen und Sozialschutzvorschriften, die als automatische Stabilisatoren fungieren. In der globalen Wirtschaft hat Europa dadurch einen einzigartigen Wettbewerbsvorteil.

Indem sie die Ressourcen und das Potenzial des EU-Haushalts vollständig ausnutzen, können die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten vermehrt zugunsten des Wachstums handeln. Der Haushalt der Europäischen Union muss ausgewogen und gerecht sein. Wir benötigen eine Haushaltsreform, damit Haushaltslinien und Mittelzuweisung dem wirtschaftlichen Wohlstand, der technischen Innovation und sozialen Gerechtigkeit besser dienen können. Unser Ziel muss eine radikale Reform sein, um sicherzustellen, dass der EU-Haushalt ausreichende Investitionen in Arbeitsplätze, Wachstum und die Industrie der Zukunft ermöglicht. Er muss der klaren politischen Entscheidung entsprechen, in das Wohlergehen aller Europäerinnen und Europäer zu investieren. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir darüber hinaus eine stärkere demokratische Kontrolle und mehr Transparenz in der EU-Haushaltspolitik. Daher sollten wir langfristig darüber nachdenken, den europäischen Haushaltszyklus an die politischen Mandate, insbesondere das Mandat des Europäischen Parlaments, anzugleichen. Die Debatte über den finanziellen Aufbau der Europäischen Union muss über einen technokratischen Diskurs hinausgehen, der sich auf Machtverschiebungen und das „Subsidiaritätsprinzip“ konzentriert. Die Werkzeuge zur Verbesserung des politischen Handelns auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sind die Struktur- und Kohäsionsfonds.

Für Steuergerechtigkeit

Die Fiskalpolitik ist essentiell zum Abbau von Ungleichheiten und zur Schaffung eines gerechten und nachhaltigen Wirtschaftswachstums. Wir müssen entschieden gegen Steuerhinterziehung vorgehen. Wir dürfen den Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze nicht länger zulassen. Um mehr soziale Gerechtigkeit in der Europäischen Union zu erreichen, benötigen wir fiskalpolitische Konvergenz. Die Steuersysteme müssen fortschrittlich und gerecht sein. Die Steuerlast muss durch die Einführung gerechter Körperschaftssteuersysteme von der Arbeit auf das Kapital verlagert werden. Darüber hinaus müssen Steueranreize vollständig genutzt werden, damit sie eine Quelle für Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildung, Forschung und Innovation sind. Steuerwettbewerb der zu Sozialdumping führt muss abgeschafft werden.

Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten müssen beim der Herstellung von Steuergerechtigkeit eine Führungsrolle übernehmen. Wir müssen eine Politik fördern, die den Schwerpunkt auf Wachstum und Investitionen legt und gleichzeitig eine gerechtere Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht sicherstellt, basierend auf dem Respekt für nationale Unterschiede. Eine gerechte fiskalpolitische Strategie ist unerlässlich, um in Sachen Wachstum in der Europäischen Union eine Aufwärtsspirale in Gang zu setzen und die langfristige Zukunftsfähigkeit der Europäischen Währungsunion zu gewährleisten. Dies

wird zu einer ausgewogenen öffentlichen Schuldenpolitik beitragen und Investitionen anregen. Die Europäische Union muss aktiv daran arbeiten, die Schlupflöcher und Verzerrungen in den fiskalpolitischen Ansätzen und Vorschriften zu schließen, und das Problem der Steueroasen angehen. Sie muss auch alle anderen Mechanismen aufheben, durch die jene, die Vermögen besitzen oder kontrollieren, vor ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft fliehen können.

II. Ein neuer „Social Deal“ für Europa

Alle Menschen werden als Gleichberechtigte geboren. Deshalb werden die Menschen-, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aller Menschen garantiert und respektiert. Wir alle haben gleichermaßen das Recht auf die Möglichkeit, ein erfülltes Leben in einer gerechten Gesellschaft zu führen, in der die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf allen Ebenen und in allen Bereichen gefördert und verwirklicht wird. Unsere politische Mission ist die stetige Emanzipation aller Männer und Frauen ungeachtet ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung, ihres ethnischen oder sozialen Hintergrunds, ihrer Herkunft oder religiösen Überzeugung, Behinderungen, geschlechtlichen Identität oder geistigen und körperlichen Fähigkeiten. Alle Menschen haben ein Anrecht auf Fortschritt und sozialen Aufstieg, ohne dabei durch irgendeine Form der Diskriminierung oder ererbte Privilegien gehindert zu werden. Alle Männer und Frauen sind verpflichtet, nach ihren jeweiligen Möglichkeiten ein gutes Leben zu führen und ihren Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Dies spiegelt unseren Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit wider.

Die Pflicht, in einer gerechten Gesellschaft ein gutes Leben zu führen

Eine gerechte Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der Männer und Frauen auf Augenhöhe und bei gleicher Bezahlung zusammenarbeiten, um die Bedingungen für ein sicheres und erfülltes Leben zu schaffen. Darüber hinaus ist eine solche Gesellschaft integrativ und begreift die Vielfalt der Menschen als eine ihrer Stärken. Eine integrative Gesellschaft schließt niemanden aus. Jedem sollte ermöglicht werden, sich an der Entwicklung einer integrativen und gerechten Gesellschaft zu beteiligen Verantwortung für sie zu übernehmen und von der Sicherheit und den Chancen zu profitieren, die wir gemeinsam ermöglichen. Der Reichtum integrativer Gesellschaften geht über materiellen Wohlstand hinaus: die Erfüllung jedes Einzelnen ist auch Teil der Anstrengungen aller.

Damit alle Menschen ein erfülltes und vielversprechendes Leben führen können, müssen alle gleichermaßen die Möglichkeit haben, ihre Rechte und Chancen wahrzunehmen, egal wo sie gerade im Leben stehen. Dies ist das Ziel des neuen „Social Deals“ für Europa. Er spiegelt unsere Entschlossenheit, wirtschaftliche Sicherheit und Schutz vor den Risiken des Lebens zu bieten, wider. Er verkörpert auch unsere Überzeugung, dass Wohlbefinden und Lebensqualität für ein erfülltes und vielversprechendes Leben unerlässlich sind. Dank bedeutungsvoller Arbeit, hochwertiger Bildung, Gesundheit, Zugang zu Kultur und einem nachhaltigen Leben sowie durch die Gewährleistung der Möglichkeit, sich an der Gesellschaft zu beteiligen, werden wir alle Menschen dazu in die Lage versetzen.

Für die Gleichstellung der Geschlechter

Männer und Frauen müssen sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Privatleben Arbeit, Macht, Zeit und Rollen zu gleichen Teilen miteinander teilen. Die Gleichstellung der Geschlechter ist eines der Gründungsprinzipien unserer Bewegung und einer der Grundwerte der Europäischen Union. Unser Ziel ist die Emanzipation der Frauen in der Gesellschaft, am Arbeitsplatz, in der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsfindung

und im Privatleben sowie der Kampf gegen stereotype Geschlechterrollen, die der Selbstverwirklichung von Frauen und Männern entgegenstehen.

Die Europäische Union sollte in Strategien investieren, zum Beispiel Quoten in Politik und Wirtschaft, welche die gleichberechtigte Vertretung von Männern und Frauen fördern. Diese sollten als Zwischenschritt auf dem Weg zu vollständiger Gleichstellung angesehen werden. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen muss gestärkt werden, insbesondere durch die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung; das Ziel muss dabei der Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und der daraus folgenden Ungleichheit bei den Rentenbezügen sein. Die Sicherstellung des Rechts der Frau auf sexuelle und reproduktive Gesundheit findet sich in unserer Überzeugung wieder, dass Frauen das Recht haben, selbst zu wählen und zu entscheiden. Die Europäische Union sollte sich am Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen sowie gegen alle Formen geschlechtsspezifischer Stereotype beteiligen. Darüber hinaus hat die Europäische Union die Pflicht, sicherzustellen, dass Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter Teil aller Vereinbarungen mit Drittländern sind.

Unsere Wohlfahrtsstaaten stärken und modernisieren

Die modernen Wohlfahrtsstaaten gründen auf den Werten Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Leitlinien zur Sicherstellung von Kohäsion und Kohärenz der Gesellschaft müssen die Rechte und Pflichten jedes Einzelnen sein. Wir setzen uns für den Schutz, die Reform und Stärkung der Wohlfahrtsstaaten ein. Die Wohlfahrtsstaaten sind eine Voraussetzung für die Sicherstellung eines gerechten und nachhaltigen Wirtschaftswachstums und den Abbau kulturell und sozioökonomisch bedingter Ungleichheiten sowie derjenigen zwischen Männern und Frauen. Wir müssen wieder zu einem dynamischen Verständnis unserer Wohlfahrtsstaaten gelangen. Sie müssen eine angemessene, sozial gerechte und wirtschaftlich faire Antwort auf den demografischen Wandel, die Veränderungen der Arbeitsmarktstrukturen und neue soziale Risiken bieten. Eine anhaltende Reform muss unsere wertvollen Wohlfahrtsstaaten in die Lage versetzen, mit der Dynamik sich verändernder Gesellschaften und einer im Umbruch befindlichen Welt besser umzugehen.

Deshalb muss Europa die Wohlfahrtsstaaten stärken und modernisieren. Die Mitgliedstaaten müssen ermutigt und unterstützt werden, aktive Wohlfahrtsstaaten aufzubauen sowie eine Bildungs-, Ausbildungs- und aktive Arbeitsmarktpolitik zu bieten. Alle Menschen in der Europäischen Union sollten Zugang zu Sozialschutz und Gesundheitsfürsorge haben. Die Reform unserer Wohlfahrtsstaaten muss jedem ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben zu führen, anstatt Abhängigkeiten zu verstärken. Die Kluft zwischen denjenigen, die Arbeit haben, und denjenigen, die keine haben, muss geschlossen werden. dies erfordert auch die Investition in hochwertige öffentliche und soziale Dienstleistungen. Dem demografischen Wandel muss durch den Ausbau der Kinderbetreuung und öffentlichen Altersversorgungssysteme Rechnung getragen werden. Moderne Wohlfahrtsstaaten müssen in Privathaushalten geleistete Arbeit rechtlich anerkennen; dies ist für den Umgang mit einer alternden Gesellschaft und sich verändernden Arbeitsmarktstrukturen unerlässlich. Ziel ist die Umkehrung der Folgen der Sparpolitik, die den sozialen Zusammenhalt und die Gleichstellung der Geschlechter untergräbt und die Chancen der Menschen in ihrem Leben gefährdet.

Für eine hochwertige Bildung

Ein Eckpfeiler einer gerechten Gesellschaft ist der Zugang zu kostenloser, hochwertiger Bildung. Der neue „Social Deal“ muss für alle Männer und Frauen in jedem Lebensalter den gleichen Zugang zu Lern- und Aufstiegschancen sicherstellen. Hochwertige Bildung spiegelt

unser Versprechen wider, Chancengleichheit für alle Menschen in ihrem gesamten Leben, ungeachtet des sozioökonomischen oder kulturellen Hintergrunds, des Geschlechts, Wohnorts oder der Stellung in der Gesellschaft, zu garantieren. Durch hochwertige Bildung können die Menschen, die Gesellschaft, in der sie leben, als Bürger und Arbeitnehmer beeinflussen. Unser Einsatz für das Prinzip der Stärkung der Möglichkeiten des Einzelnen führt unmittelbar zu unserer Forderung nach einem gleichen Zugang zu hochwertiger Bildung und guten Lernmöglichkeiten für alle. Wissen und Information müssen ein öffentliches Gut sein, auf das alle zugreifen können. Schon von klein auf muss der Einzelne und die Einzelne die Chance haben, sich Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten anzueignen; die Bildung muss die Menschen so ausrüsten, dass sie den Herausforderungen des Lebens gewachsen sind. Gleicher Zugang zu hochwertiger Bildung setzt eine hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung für alle in den frühesten Lebensphasen voraus und ist der erste und wesentliche Baustein für ein erfülltes Leben. Darüber hinaus handelt es sich dabei um ein Werkzeug zur Bekämpfung von Stereotypen, Vorurteilen und Stigmatisierung.

Sowohl formelles als auch informelles Lernen sind wichtig. Auf EU-Ebene sind weitere Anstrengungen zur angemessenen Bewertung von Ausbildungen und Kompetenzen wünschenswert, um zu gewährleisten, dass der Grundsatz von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit für alle gilt. Die Bewertung von Ausbildungen und Kompetenzen in der gesamten Europäischen Union ist notwendig, um sicherzustellen, dass Chancengleichheit für alle und ebenso auf dem europäischen Arbeitsmarkt gilt. Für die duale Ausbildung, für Lehren und Praktika sollten gemeinsame Qualitätsstandards gelten, um die bestmögliche Bildung und Ausbildung gewährleisten und gleichzeitig zu vermeiden, dass junge Menschen ausgebeutet werden. Europäische Austauschprogramme fördern das interkulturelle Wissen und das Gefühl einer europäischen Identität. Diese sollten weiter ausgebaut werden.

Für hochwertige und erfüllende Beschäftigung

Wir sind überzeugt, dass alle Menschen das unwiderrufliche Recht auf einen hochwertigen und erfüllenden Arbeitsplatz haben. Dies ergibt sich aus unserem Einsatz für Vollbeschäftigung. Alle Männer und Frauen, ob jung oder alt, müssen die Möglichkeit auf einen Arbeitsplatz haben, der ihrem Wissen, ihren Kompetenzen und Fertigkeiten entspricht und in dem sie gleichzeitig aufblühen und beruflich vorankommen können. Ein erfüllender Arbeitsplatz muss wirtschaftliche Sicherheit und Unabhängigkeit gewährleisten sowie die Gelegenheit zur persönlichen Entwicklung bieten. Hochwertige Beschäftigung muss in unseren Wohlfahrtsstaaten verankert sein. Durch eine angemessene Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Versicherungspolitik müssen die Menschen die Möglichkeit erhalten, sich sicher zu fühlen und ein erfülltes Leben zu führen.

Um Ungleichheiten zu überwinden, den sozialen Fortschritt sicherzustellen und Vollbeschäftigung erreichen zu können, muss neben der Europäischen Wirtschaftsunion eine Sozialunion aufgebaut werden. Im Zentrum einer Sozialunion sollte ein sozialer Fortschrittsvertrag stehen, der aus verbindlichen Zielen für den sozialen Fortschritt in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, Innovation und sozialer Zusammenhalt besteht und den die Mitgliedstaaten, die Europäische Union und die Sozialpartner gemeinsam ausarbeiten. Um soziale Konvergenz auf höchstem Niveau zu erreichen, müssen neue und ehrgeizigere europaweite gemeinsame Sozialstandards eingeführt werden. Ein neues europäisches Programm für Beschäftigung und Sozialinvestitionen ist notwendig um der Herausforderung des skandalösen Anstiegs der Armut, sozialer Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit und hoher Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten gerecht zu werden. Um gegen diese Tragödie angehen zu können, müssen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene effektive Werkzeuge – wie eine Jugendgarantie sowie eine bessere Umverteilung der Arbeitszeit – geschaffen werden. Auf dem Weg zu sozialem Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit sollte die Rolle der Sozialpartner in der Europäischen Union und auf nationaler

Ebene gestärkt werden. Die Sozialpartner müssen in die Ausarbeitung von Vereinbarungen, die sich auf die Bestimmungen am europäischen Arbeitsplatz auswirken, mit einbezogen werden. Risiken am Arbeitsplatz sollten laufend überwacht werden. Stress, Überlastung und Isolation, die zu Burn-out führen, sollten als gesellschaftliches und nicht als persönliches Problem begriffen werden. Arbeitgeber sollten verpflichtet sein, Möglichkeiten anzubieten, die vermeiden, dass Mitarbeiter diesen Risiken ausgesetzt werden. Wir möchten uns darüber hinaus verstärkt auf die Qualität des Arbeitsumfelds sowie darauf konzentrieren, wie Beruf und andere gesellschaftliche und persönliche Aktivitäten miteinander vereinbar sind, da sich dies auf die Produktivität sowie das persönliche Wohlbefinden auswirkt. Arbeit sollte stark in unseren Wohlfahrtsstaaten verankert sein. Sie ist nur ein Aspekt im Leben eines Menschen. Deshalb muss die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben für Männer und Frauen sowohl den Reformen des Arbeitsmarkts als auch des Wohlfahrtsstaates zugrunde liegen. Für ein erfülltes Leben können Familie, Freizeit und eine freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit gleichermaßen wichtig sein.

Für ein existenzsicherndes Einkommen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Das Arbeitseinkommen muss ausreichend sein, um wirtschaftliche Sicherheit zu bieten. Ein ausreichendes existenzsicherndes Einkommen für alle muss auf gerechten, rechtlich bindenden Verträgen beruhen, die gemäß dem Arbeitsrecht und den im sozialen Dialog getroffenen Entscheidungen ausgearbeitet werden. In jedem Mitgliedstaat sollten Mindestlöhne eingeführt werden, wobei die bestehenden Bedingungen am Arbeitsmarkt berücksichtigt und der soziale Dialog vollständig respektiert werden müssen. Arbeit sollte auch die Bereitstellung der sozialen Sicherung gewährleisten und ist deshalb immer in unseren Wohlfahrtsstaaten verankert. Arbeitnehmer müssen das Recht auf ein Mitspracherecht bei Tarifabschlüssen haben. Dies würde eine gerechtere Verteilung der Gewinne eines Unternehmens an alle Mitarbeiter ermöglichen. Bonuszahlungen sollten einer verstärkten Prüfung unterliegen. Arbeitsmarktvorschriften und -institutionen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene sind Werkzeuge, um mehr Gleichstellung und Effizienz zu erreichen. Eine bessere Regulierung des Finanzsektors und eine stärkere Mitarbeitervertretung in der Geschäftsführung würden mehr Gleichstellung und Effizienz am Arbeitsplatz sicherstellen.

Der Grundsatz, den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit zu zahlen, ist für die Sicherstellung von sozialer Gerechtigkeit, des Rechts aller Menschen auf Selbstbestimmung sowie des Abbaus des geschlechtsspezifischen Lohngefälles essentiell. Beim Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles geht es nicht nur darum, sicherzustellen, dass Männer und Frauen für gleiche Arbeit gleich bezahlt werden, es sollten vielmehr auch die anderen Aspekte angegangen werden, die dazu beitragen, wie Teilzeitarbeit, die gläserne Decke, Armut, vertikale und horizontale Segregation sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Männer und Frauen. Wir wenden uns des Weiteren entschieden gegen jede Form der Lohndiskriminierung, wie die Diskriminierung ethnischer Minderheiten, von Immigranten oder Behinderten. Dies muss weiter bekämpft werden, indem dafür gesorgt wird, dass sich alle Arbeitgeber bezüglich aller Arbeitnehmer an die gleichen Verpflichtungen zu halten haben; diese müssen von den Standards des Arbeitsplatzes abhängen sowie von der Herkunft des Unternehmens, der Art des Arbeitsvertrags oder der Frage, ob es sich bei dem Arbeitgeber um einen Subunternehmer handelt, unabhängig sein. Der Kampf gegen Sozialdumping, das durch gesetzliche Schlupflöcher und eine mangelnde Durchsetzung von Vorschriften weiterhin ermöglicht wird, muss für uns Sozialisten und Sozialdemokraten Vorrang haben. Praktika, die jungen Männern und Frauen den Eintritt in den Arbeitsmarkt ermöglichen, müssen sowohl als Bildungsmöglichkeit als auch als Arbeit, für die Vorschriften zur Sozialversicherung und Vergütung gelten, angesehen werden. Praktikanten sind wirtschaftlich gerecht zu behandeln und Praktika sollten für Arbeitgeber niemals eine Möglichkeit sein, junge Menschen auszubeuten. Das Anrecht auf Leistungen der

Rentenversicherung muss den Standards der sozialen Gerechtigkeit und Menschenwürde folgen. Dies verkörpert unseren Einsatz für die aktive Verhinderung von Ausbeutung, Diskriminierung, Verarmung und Sozialdumping.

Für die Nachhaltigkeit öffentlicher Güter und Dienstleistungen

Ohne öffentliche Güter können Gesellschaften nicht funktionieren und keine soziale Gerechtigkeit erreichen. Sie spielen eine fundamentale Rolle bei der Schaffung eines Gefühls der kollektiven Verantwortung und der Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Sie sind die Verbindung zwischen individueller und kollektiver Verantwortung. Der Schutz der öffentlichen Güter basiert auf der Wechselwirkung zwischen dem Recht des Einzelnen, von einem öffentlichen Gut zu profitieren, und seiner Verantwortung für dessen Erhalt. Dies bedeutet, dass auch andere, einschließlich zukünftiger Generationen, es nutzen oder von ihm profitieren können sollten. Darüber hinaus sollten öffentliche Dienstleistungen allgemein allen Menschen zur Verfügung gestellt werden, um sicherzustellen, dass alle gleichermaßen Zugang dazu haben.

Starke und rechenschaftspflichtige Behörden auf allen Ebenen der Demokratie – von der lokalen, über die regionale und nationale bis zur europäischen Regierungsebene – sind unerlässlich, um sowohl die Wechselwirkung als auch die allgemeine Bereitstellung öffentlicher Güter langfristig sicherzustellen. Öffentliche Behörden müssen sicherstellen, dass öffentliche Güter bereitgestellt werden und nachhaltig sind, indem sie einen modernen Rahmen für hochwertige und bezahlbare öffentliche Dienstleistungen schaffen, zu denen alle Menschen Zugang haben. Diese Ziele müssen in allen Mitgliedstaaten gleich sein. Die Europäische Union muss ein Rahmenwerk für die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen zur Verfügung stellen, das die Autonomie der betroffenen Einrichtung oder Behörde auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene bei der effizienten Bereitstellung dieser Güter und Dienstleistungen garantiert. Unsere Wohlfahrtsstaaten hängen von der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen ab. Soziale Dienstleistungen sind eine Form öffentlicher Dienstleistungen, die gleichzeitig allgemein und individuell bereitgestellt werden müssen. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse müssen vor gewinnorientiertem Wettbewerb geschützt werden. Sie sollten als Anrecht der Öffentlichkeit und als Werkzeug angesehen werden, das den Boden für ein erfülltes Leben ebnet und zeigt, dass Gleichheit und Effizienz nur zwei Seiten derselben Medaille sind. Neben dem Schutz kultureller Einzigartigkeit und den Künstler- und Urheberrechten muss die Europäische Union eine Kulturpolitik entwickeln, die darauf abzielt, die Vielfalt und den Zugang zu allen Formen des kulturellen und künstlerischen Ausdrucks zu gewährleisten.

III. Eine Solidaritätsunion

Wir müssen zu einer Solidaritätsunion werden. Unsere politische Mission ist es, im Namen unserer Überzeugungen dafür zu kämpfen, dass Solidarität in Europa fortschrittlichen Wandel möglich macht: Menschen, die zusammenhalten, können mehr erreichen. Eine Solidaritätsunion wäre das Leitbild für unser Zusammenleben und unsere Zusammenarbeit. Die Union der Solidarität würde die Art und Weise gestalten, in der Europa seine Verantwortung für Frieden und Wohlstand innerhalb und außerhalb der Europäischen Union wahrnimmt. Der Abbau der Ungleichheit innerhalb der Europäischen Union stärkt die Fähigkeit der Union, in der Welt zu handeln. Die Menschen müssen in die Lage versetzt werden, Verantwortung füreinander und für die Art und Weise, wie wir zusammenleben, zu

übernehmen. Durch stärkere Solidarität können wir das Gefühl der Menschen, zur Europäischen Union zu gehören, wieder aufbauen.

Gemeinsam sind wir stärker

Unser Ziel ist eine europäische Gesellschaft, in der sich die Menschen nicht nur als einer nationalen, regionalen oder lokalen Gemeinschaft zugehörig, sondern als Europäer sehen, und in der Menschen, Länder und Regionen füreinander verantwortlich sind. Wir sind überzeugt, dass wir stärker sind, wenn wir zusammenarbeiten. Solidarität bedeutet, sich für eine gemeinsame Sache zusammenzuschließen. Die Menschen müssen in die Lage versetzt werden, Verantwortung füreinander zu übernehmen, zwischen Männern und Frauen, zwischen Gemeinschaften und Generationen. Unsere erneuerte Vision für Solidarität ist eine gemeinsame Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Dies bedeutet anhaltende Gerechtigkeit und Solidarität zwischen den Generationen. Wir müssen sicherstellen, dass ältere Menschen Zugang zu Renten, Gesundheitsfürsorge und Sozialschutzsystemen haben. Der Zugang zu allgemeiner und kostenfreier Bildung ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass unsere Kinder und Enkel mit allem ausgerüstet sind, was sie brauchen, um ein emanzipiertes Leben zu führen.

Wir folgen in unserer Union dem gemeinsamen Ziel, unsere Gemeinschaften, ländlichen Gebiete, Städte und Regionen zu entwickeln. Initiativen, die das Leben in unseren Gemeinschaften organisieren und Ehrenamtlichkeit fördern, müssen unterstützt werden. In ihnen können die Menschen zusammenkommen und zusammenarbeiten, um den fortschrittlichen Wandel, den wir uns alle wünschen, Wirklichkeit werden zu lassen. Dazu müssen wir neue Strategien entwickeln, die den sozialen Zusammenhalt und den Austausch zwischen Menschen und Gemeinschaften stärken. Durch den Aufbau neuer Anknüpfungspunkte vermeiden wir Ausgrenzung und Stigmatisierung. Diese Anstrengungen können das Gefühl, zur Europäischen Union zu gehören, wiedererwecken.

Extremismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen

Respekt für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa ist ein fundamentaler Wert, der mit unmissverständlichen Sanktionen durchgesetzt und geeigneten Maßnahmen gestärkt werden muss, wann immer Nationalismus, antidemokratische Propaganda, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie an Boden gewinnen. Durch die Krise hat sich der Einfluss des nationalistischen Rechtspopulismus verstärkt. Dieser Trend führt zu mangelnden demokratischen Standards und unterminiert verfassungsrechtliche Bestimmungen. Deshalb müssen Anti-Diskriminierungsgesetze sowie die Charta der Grundrechte der Europäischen Union entschlossen durchgesetzt und von allen Mitgliedstaaten respektiert werden.

Soziale Integration muss auf der Überzeugung, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Pflichten haben, beruhen. Um sicherzustellen, dass Integration erfolgreich ist, muss durch die Erziehung von Kindern von klein auf, Sprachkenntnisse sowie den Zugang zu Beschäftigung, Unterbringung, sozialen Dienstleistungen und zum Leben der Gemeinschaft ein integrativer Ansatz gewählt und gleichzeitig die Erfüllung von Pflichten gefordert werden. In unserem migrationspolitischen Ansatz haben die Menschenrechte weiterhin Vorrang vor der Sicherheitsdebatte, die Migranten zum Sündenbock für Missstände in Gesellschaft und Wirtschaft macht. Indem wir unseren Einsatz an den gemeinsamen Außengrenzen stärken und uns die Bürde teilen, tragen wir zur Vermeidung des Menschenhandels, insbesondere des Frauenhandels, bei und bekämpfen kriminelle Netzwerke. Der andere Hauptbestandteil unseres Ansatzes in Sachen Migration heißt Integration.

Für eine Union der Konvergenz und des Zusammenhalts

Die Zukunft Europas hängt von der Erneuerung des Bekenntnisses zur Solidarität ab. Die Kluft zwischen den Regionen und Ländern der Europäischen Union ist zu groß und untergräbt die demokratische Legitimität und das Vertrauen in den europäischen Entscheidungsfindungsprozess. Wir benötigen mehr Koordination und Zusammenarbeit, um den Finanzkapitalismus zu zähmen, die Ungleichheit zwischen Europas Regionen abzubauen, die Handelsbilanzdefizite in der Europäischen Währungsunion zu beseitigen, die öffentlichen Finanzen zu verbessern und die zur Überwindung der Krise erforderlichen Investitionen in eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sicherzustellen.

Wir müssen den Zusammenhalt in der Europäischen Union wieder stärken. Die strukturellen Schwächen des Euroraums behindern Europas Fähigkeit, angesichts der Herausforderungen der Gegenwart zu handeln. Wir lehnen den Ansatz ab, der das Projekt Europa nur als Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Stufen der Integration darstellt. Dies ist langfristig keine Antwort für die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Erholung Europas. Solidarität – Konvergenz und Zusammenhalt – ist die einzige Alternative zu dem Teufelskreis, der die Regierungen den Kapitalmärkten unterordnet. Wann immer angemessen, befürworten wir einen Zusammenschluss im Rahmen einer besseren Zusammenarbeit; dies ist ein Werkzeug auf dem Weg zur Integration in bestimmten Bereichen, solange sie die demokratische Legitimität der europäischen Institutionen nicht untergräbt. Darüber hinaus muss der Kampf gegen organisierte Kriminalität, Korruption und Geldwäsche eine politische Priorität der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten sein. Diese Verbrechen sind eine ernsthafte Bedrohung für den Zusammenhalt, die wirtschaftliche Entwicklung und das Wohlergehen der Menschen. Korruption zersetzt die Legitimität der in die demokratischen Institutionen und das Vertrauen in sie und zerstört Moral und Integrität. Bei der öffentlichen Auftragsvergabe, bei Geschäftspraktiken und im Banken- und Finanzsystem muss Transparenz sichergestellt werden.

Für gemeinsame europäische Sozialstandards

Eine Union der Solidarität muss europäische Mindestsozialstandards garantieren. Dieses Engagement spiegelt den Ehrgeiz wieder, einen allgemeinen Fortschritt zu erreichen. In einer Union der Solidarität müssen die Menschen-, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rechte aller Männer und Frauen garantiert werden. Gleichzeitig fassen wir diese Mindeststandards als Werkzeug und nicht als Ziel auf. Sie sind und werden immer nur eine Richtgröße sein auf dem Weg zur Verwirklichung einer integrativen und gerechten Gesellschaft, die immer unser Ziel sein wird. In diesem Sinne helfen sie uns, politische Maßnahmen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu bewerten und zu verbessern.

Die Europäische Union muss gemeinsame europäische Sozialstandards und ein Mindesteinkommen sicherstellen. Ausbeutung, Diskriminierung, Verarmung und Sozialdumping müssen aktiv verhindert werden. Die soziale Fortschrittsklausel muss umgesetzt werden, damit soziale Grundrechte Vorrang vor wirtschaftlicher Freiheit erhalten. Dies wird dem Abbau der Arbeitsmarktstandards ein Ende setzen, der durch unfaire, die Arbeitnehmer ausbeutende Praktiken, möglich wird. Weitere Anstrengungen müssen unternommen werden, um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu fördern. In einer Union der Solidarität sollte die Europäische Union die Mitgliedstaaten und lokalen und regionalen Behörden ermutigen, angemessene und bezahlbare Sozialwohnungen zur Verfügung zu stellen.

Für eine nachhaltige Entwicklung

Der Union der Solidarität liegt unser entschiedener Einsatz für den Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung zugrunde. Wir setzen uns dafür ein, die Ressourcen des Planeten zu erhalten, anstatt sie auszubeuten. Ökologische Nachhaltigkeit bedeutet, dass wir die Natur für gegenwärtige und zukünftige Generationen schützen, nicht nur in Europas Städten und Ländern, sondern auf der ganzen Welt. Die Logik der gemeinsamen Verantwortung für die Umwelt, in der wir leben, ist die Leitlinie unseres Verhaltens bei Produktion und Konsum. Unsere Politik muss sozial verantwortungsbewusst und umweltverträglich sein. Wir sind davon überzeugt, dass die Europäische Union ihre Fähigkeit, Wohlstand, Reichtum und Wohlergehen zu erzeugen, wieder herstellen kann und dass dies durch Umweltbewusstsein und Umsicht geschehen muss.

Alle Menschen haben das Recht, in einer gesunden Umwelt zu leben, und alle Menschen haben gleichermaßen ein Anrecht auf einen sicheren Zugang zu Lebensmitteln und sauberem Wasser. Globale öffentliche Güter, wie Wasser, Nahrung, Sicherheit und Ökosysteme, müssen für alle Menschen gewährleistet werden. Die Umwelt ist ein öffentliches Gut, da jeder gleichermaßen für ihren Erhalt verantwortlich ist; zukünftige Generationen müssen von der gleichen ökologischen Qualität profitieren können wie wir heute. Auch die Bekämpfung des Klimawandels ist für den Erhalt der globalen Ökosysteme unerlässlich. Dies ist für das Wohlergehen der Menschen heute und in der Zukunft wesentlich. Wir müssen das Problem des Klimawandels und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen angehen, um die Qualität der Welt, in der wir leben, zu erhalten und um zukünftige dramatische Folgen für die Weltbevölkerung, unsere Entwicklung und die Weltwirtschaft zu vermeiden. Die Europäische Union muss bei der Umstellung auf eine CO₂-arme und ressourceneffiziente Wirtschaft eine weltweite Führungsrolle einnehmen und auf die Errichtung umfassender weltweiter Regeln zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen und für einen nachhaltigen und verantwortungsbewussten Umgang mit natürlichen Ressourcen hinarbeiten. Eine glaubwürdige europäische Roadmap für eine nachhaltige Welt, in der weltweit soziale Gerechtigkeit herrscht und die Ökosysteme gedeihen, muss sowohl die Verminderung von Emissionen als auch die Anpassung an den Klimawandel mit einschließen. Die angemessene Ebene für den Umgang mit sich abzeichnenden Herausforderungen in Sachen Energie ist die Europäische Union. In Zukunft muss eine gemeinsame europäische Energiepolitik ein unerlässlicher Baustein der europäischen Integration werden.

Für eine wertebasierte Außenpolitik

Wir sind davon überzeugt, dass Frieden und Stabilität nur dann anhaltend und dauerhaft sein können, wenn eine Regierung den eigenen Einwohnern Sicherheit, Freiheit (d.h. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte), wirtschaftlichen Wohlstand, sozialen Fortschritt und Gleichheit, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, bietet. Wir sind überzeugt, dass dies für die Europäische Union und alle Gesellschaften der Welt gilt. Unsere wirtschaftlichen Interessen dürfen nicht auf Kosten der Demokratie und Menschenrechte in den Regionen und Ländern, mit denen wir weltweit zusammenarbeiten, durchgesetzt werden. Wir müssen die besondere Erfahrung der Europäischen Union bei der engen Zusammenarbeit zwischen Staaten zur Sicherstellung von Frieden und Wohlstand im größtmöglichen Umfang nutzen, um unsere Partner in angrenzenden Regionen und der ganzen Welt zu unterstützen.

Es kann nicht eine einzige Antwort geben, die für alle passt. Nur durch die vollständige Zusammenarbeit mit auf lokaler Ebene vorangetriebenen Reformprozessen und ohne das Aufkötroyieren eines bestimmten Modells können wir die Ziele, die wir für eine effektive Außenpolitik setzen, auch wirklich erreichen. Mit unserer Kompetenz und unserem Wissen

müssen wir Prozesse des demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Übergangs unterstützen, die den Menschen bessere Chance in ihrem Leben bieten, wobei es unwichtig sein muss, wo jemand geboren ist. Die Frauenrechte müssen dabei stets beachtet werden. Indem wir die Grundursachen für Unsicherheit und Instabilität außerhalb der Europäischen Union angehen, stärken wir die Sicherheit in der Europäischen Union.

Europa muss in seinem Erweiterungsprozess für Offenheit, Transparenz und Fairness stehen, um Europas Grundwerte des Respekts der Menschenwürde, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu fördern. Dadurch können wir die Strategie des Friedens, Fortschritts und Wohlstands für alle Menschen gemeinsam vorantreiben. Diese Leitlinien müssen auch der Europäischen Nachbarschaftspolitik zugrunde liegen, damit wir gemeinsam demokratische Gesellschaften aufbauen können, die in der Lage sind, neue Möglichkeiten zu bieten. Europa muss seiner Verantwortung für die Unterstützung der Menschen im Nahen Osten, in Nordafrika und anderen Ländern des Ostens in ihrem Kampf für eine bessere Zukunft gerecht werden; die Europäische Union sollte einen aktiven Beitrag zum demokratischen Umbruch, zur sozioökonomischen Entwicklung und Sicherstellung sozialer Gerechtigkeit leisten. Alle Länder mit Aussichten auf eine Mitgliedschaft sollten Vollmitglieder der Europäischen Union werden, sobald sie die Bedingungen erfüllen.

Die Führungsrolle der Europäischen Union bei Frieden und globaler sozialer Gerechtigkeit

Wir sind überzeugt, dass Europa seiner internationalen Verantwortung gerecht werden und eine Führungsrolle bei der Gestaltung einer neuen, multipolaren Weltordnung nach der Krise übernehmen muss, in der sich starke politische und wirtschaftliche Blöcke herausbilden. Diese Aufgabe muss innerhalb eines verbesserten institutionellen Aufbaus, der den Menschen gegenüber weiterhin rechenschaftspflichtig ist und den Weg für mehr Stabilität ebnet, erfüllt werden. Durch ihr gemeinsames internationales Handeln sollte die Europäische Union den globalen Ansatz in Sachen internationale Sicherheit neu definieren. Darüber hinaus sind Mitbestimmung und Rechenschaftspflicht wichtig. Bei der Erarbeitung und Umsetzung der Politik zur Bekämpfung von Armut und der Schaffung eines neuen legitimen Rahmens für die menschliche Entwicklung muss die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Stelle einnehmen.

Engagement für internationale Solidarität bedeutet, dass die Europäische Union ihre Entwicklungs- und Beihilfepolitik niemals aufgeben darf. Durch die Kürzungen im Zuge der Sparpolitik ist sie unter Druck geraten. Unser Versprechen im Namen Europas an die Menschheit lautet, dass wir in unserem globalen Kampf gegen Armut, soziale Ausgrenzung und sich verstärkende Ungleichheiten über Europa hinausgehen und eine nachhaltige menschliche Entwicklung sowie einen fairen, auf einem menschenrechtlichen Ansatz aufbauenden Handel fördern werden. Dies spiegelt unsere Pflicht wider, die gleichmäßige Verteilung von Wissen, Einkommen und Macht zu ermöglichen, die Voraussetzung für ein gerechtes und nachhaltiges Wachstum ist. Einer der Wege, wie die Europäische Union verbindliche Verpflichtungen zu grundsätzlichen Arbeits- und Umweltstandards fördert, sind effiziente, hochwertige und transparente Hilfsleistungen sowie internationale und bilaterale Handelsabkommen. Unser Verhalten muss dieses Versprechen gegenüber der Menschheit widerspiegeln. Deshalb werden wir niemals unseren Kampf für eine Wirtschaft aufgeben, die den Menschen und dem Planeten dient, zu angemessenen Arbeits- und Lebensstandards und die Gleichstellung von Männern und Frauen führt und somit neue Möglichkeiten durch Bildung und den Zugang zu einem angemessenen Sozialschutz ermöglicht. Kohärenz in der Politik der Europäischen Union ist unerlässlich, wenn wir in dem Kampf gegen die weltweite Ungleichheit Fortschritte erzielen wollen.

Darüber hinaus muss Europa sein humanitäres Engagement für Menschen, die aufgrund bewaffneter Konflikte leiden – insbesondere Frauen und Kinder –, beibehalten und gleichzeitig nach der Beendigung des Konflikts Unterstützung zur Friedenskonsolidierung für den Wiederaufbau leisten. Frauen sollten nicht nur als Opfer, sondern auch als Entscheidungsträgerinnen und aktive Unterstützerinnen von Wandel, Entwicklung, Friedenskonsolidierung und Demokratisierungsprozessen angesehen werden. Zum Einsatz für den Frieden gehört auch, dass zunächst alle diplomatischen Möglichkeiten zur Beendigung von Konflikten ausgeschöpft werden – einschließlich des Verhängens schwerer Sanktionen gegen die Täter –, ehe über ein bewaffnetes Eingreifen nachgedacht wird. Unser Handeln wird darüber hinaus vom Grundsatz des Multilateralismus bestimmt. Wir bekräftigen, dass die Hauptaufgabe der Vereinten Nationen die internationale Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit ist. Im Falle eines Eingreifens muss die Zustimmung der Vereinten Nationen eingeholt werden. Somit müssen die Mitgliedstaaten der EU ihr Auftreten gegenüber den Vereinten Nationen besser abstimmen und mit einer Stimme sprechen. Wir sollten einen ständigen Sitz der Europäischen Union im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen fordern. Wir kämpfen für eine Welt ohne Atom- und chemische Waffen. Darüber hinaus unterstützen wir als integralen Bestandteil unserer Friedenspolitik entschieden eine stufenweise Abrüstung und strengere Regeln für die Nichtverbreitung. Im Einklang mit UN- und internationalen Verträgen und Abkommen muss sich die Europäische Union für den Frieden einsetzen, indem sie mithilfe aller zur Verfügung stehenden politischen Mittel aktiv für Nichtverbreitung und atomare Abrüstung sowie gegen Streumunition, chemische und biologische Waffen und Landminen eintritt. Wir setzen uns für die Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ein, damit Europa an der Spitze einer aktiven und verantwortungsbewussten Friedenspolitik stehen kann.

Eine fortschrittliche Alternative für Europas Zukunft

Wir glauben an die Europäische Union als ein Projekt, das Menschen, Gesellschaften, Regionen und Staaten im Namen von Frieden, Wohlstand und Fortschritt für alle zusammenbringt. Wir sind davon überzeugt, dass unsere politische Mission eine alternative Vision für Europas Zukunft bietet, sodass es sich weiterentwickeln, gedeihen und erneut eine Botschaft der Hoffnung für alle Männer und Frauen in die Welt tragen kann.

Das neue Wirtschaftsmodell hat Vollbeschäftigung und die Stärkung der einzelnen Interessengruppen zum Ziel, damit die demokratische Kontrolle wieder Vorrang vor wirtschaftlichen Entscheidungen hat. Dies wird den Weg für eine soziale Marktwirtschaft ebnen, die gegenüber den Menschen und der Gesellschaft rechenschaftspflichtig ist.

Der neue „Social Deal“ für Europa steht für unser Engagement für Gleichheit und Gerechtigkeit. Wir sind davon überzeugt, dass die Europäische Union soziale Gerechtigkeit verwirklichen muss, indem sie die Menschen schützt und in die Lage versetzt, ein erfülltes Leben in einer gerechten Gesellschaft zu leben und mit den Herausforderungen einer sich ständig verändernden Welt fertig zu werden.

Durch eine **Solidaritätsunion** möchten wir die Beziehungen zwischen Menschen, Gesellschaften und Ländern stärken. Sie steht für unser Engagement, Verantwortung füreinander zu übernehmen und in einer gemeinsamen Mission für eine friedliche und gerechte Welt zusammenzustehen. Die SPE wird mit fortschrittlichen Bewegungen in aller Welt zusammenarbeiten.

Dazu müssen die Europäische Union, ihre Institutionen und ihre Politik zu einem entscheidenden Instrument bei der Umsetzung der in unserem Grundsatzprogramm beschriebenen politischen Mission werden. Als SPE – der Sozialdemokratischen Partei Europas sowie aller ihrer Mitglieder, gewählten Vertreter, Aktivisten, Partner und Unterstützer – arbeiten wir daran, die Menschen in einen Dialog einzubinden, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu gewinnen und dieses Versprechen in die Tat umzusetzen. Ein gemeinsames Wahlprogramm und ein gemeinsamer Kandidat für den Posten des Präsidenten der Europäischen Kommission, die wir während der Europawahlen vorstellen werden, sind ein Symbol für unsere politische Einheit für einen fortschrittlichen Wandel in Europa.